

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber: Johann Staniß, verantwortlicher Redakteur: Fritz Nachplov, beide in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal Mk 1.— ohne Postgebühren, bei Zusendung unter Kreuzband Mk 1.40.

Anzeigen die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A. — Postkatalog Nr. 3116.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 16, erste Etage.

Inhalt: Arbeiterkoalition und Mittelstand. Arbeiter als praktische Sozialpolitiker. — Dunsbach. Kongresse und Generalversammlungen. — Waageverhältnis. Kleine Mitteilungen über Arbeitslosigkeit. — Lohnbewegungen und Streiks. Streikprozesse. — Aus unserer Bewegung. — Sozialpolitische Nachrichten. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten.

Ausgesperrt

sind die Verbandskollegen in Brandenburg, Magdeburg, Nordhausen und Pritz i. P.

Im Streik

befinden sich die Kollegen in Altdamm, Anklam, Brehenheim, Burg b. Magdeburg, Eisenach, Greiz, Müggeln, Neuhaldensleben, Neumünster, Pirna, Teterow und Braunschweig.

Sperren sind verhängt

über die Bauten der Unternehmer Jagsch und Köhler in Neustadt a. d. Haardt, Speer und Mittelburg auf Nordsee, Hantsch in Botzdam, Uebermann in Gerford, Borant Müller (Siegel) in Peegermühle, Lehmann in Peegermühle-Steinfurt, Hülsebe in Spandau, Reich in Steglitz, Riffel und Raub jr. in Solingen, Samek in Darmstadt über den Bau „Gustavsburg“.

Kollegen,

gedenket der kämpfenden Brüder!

Die Sammlung zum Streikfonds und die Agitation für die weitere Ausbreitung des Verbandes muß jetzt, angesichts der vielen Lohnkämpfe und Ausperrungen, mit doppeltem Eifer betrieben werden. Da, wo es noch nicht geschieht, muß ein regelmäßiger Beitrag zum Streikfonds eingeführt, oder doch wenigstens dafür Sorge getragen werden, daß an jedem Zahltag Sammelmaterial auf den Arbeitsstätten vorhanden ist. Verheiratete Kollegen müssen wöchentlich wenigstens 20 A und Unverheiratete wöchentlich nicht unter 30 A für den Streikfonds zahlen. Das Interesse der Gesamtbewegung erfordert solche Leistungen. Zahlstellen, die sich an den Streikfondssammlungen garricht oder nur sehr minimal beisteuern, machen sich einer unverantwortlichen Pflichtverletzung schuldig.

Strenge Ausübung echter, wahrer Solidarität muß die Lösung der deutschen Maurer sein.

Arbeiterkoalition und Mittelstand.

Eigenartige Ideen einer „Mittelstandspolitik“ entwickelt C. W. Sombart-Magdeburg in einer Broschüre: „Ueber die Zukunft des Kleinergewerbes“ (Verlag von C. C. Klotz, Magdeburg). Der Verfasser ist Gegner allerförmiger Bestrebungen; er vertritt die Ansicht, daß durch Beschränkung der gewerblichen Freiheit dem Handwerk nicht zu helfen sei, vielmehr lediglich die naturgesetzmäßige Entwicklung der Erwerbstätigkeit gehemmt werde. Das Handwerk müsse in Stände sein, sich den natürlich entstandenen Verhältnissen, der Entwicklung von Technik und Verkehr „von selbst anpassen“, um ein Ueberwuchern von Massenproduktion und Kapitalismus zu verhindern und einen gewerblichen Mittelstand zu erhalten. Unter den Mitteln dazu verweist Sombart zunächst solche, welche die „Erhöhung der Erwerbsfähigkeit“ der Handwerker bezwecken, z. B. verbesserten allgemeinen Schulunterricht, gute Fach- und Fortbildungsschulen, Schulwerkstätten

und ähnliche Einrichtungen, sowie Genossenschaftsbetrieb und Kreditgewährung.

Das sind bekanntlich alte Forderungen, bei denen wir uns nicht aufzuhalten brauchen. Neu aber ist, daß der Verfasser zu den Kräften, welche er als „Regulatoren für Kapitalismus und Produktion“ erachtet, neben den Kartellen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter rechnet. Er erklärt: Diese Freiheit müsse nicht nur aus Gerechtigkeit, sondern auch des allgemeinen wirtschaftlichen Interesses wegen erstrebt werden. In seiner Begründung dieser Ansicht führt er zunächst aus: Wie sich die Zukunft in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht gestalten werde, wisse Niemand; dafür lassen sich nur Spekulationen aufstellen, die aber insofern nicht wertlos seien, als man sie bei Entschlüssen über Maßnahmen, welche sich erst in der Zukunft zu bewähren vermögen, wenigstens zu Rathe ziehen könne. Gleich wie die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse seither sich geändert haben, so werden auch diejenigen der Gegenwart anderen weichen müssen. Diese Wandlung sei eine fortwährende und meist allmähliche. Der in der Neuzeit entstandenen kapitalistischen Produktionsweise werde eine andere folgen. Welche? Das könne man nicht bestimmen. Sombart faßt verschiedene Möglichkeiten ins Auge:

„Wird die Koalitionsfreiheit der Arbeiter fernerhin zurückgehalten, so dürfte die kapitalistische Produktionsweise sich wahrscheinlich so intensiv weiter entwickeln, daß es in einigen Jahrzehnten nur noch große Aktiengesellschaften mit Kartellen bzw. Verkaufssyndikaten geben würde. Eine kleine Anzahl reicher Aktienbesitzer stände dann auf der einen, und Beamte sowie Proletariat auf der anderen Seite. Einen Mittelstand in unserem Sinne, der in der Mehrzahl aus produzierenden und Handel treibenden selbständigen Klein- und Mittelgeschäftsinhabern besteht, gäbe es dann wohl kaum noch. Wie lange das Proletariat einen betagten Zustand ruhig mit ansehen und wie lange der derzeitige Mittelstand noch ein Interesse an der Erhaltung desselben nehmen würde, läßt sich zwar nicht absehen, jedoch vermuten, daß eine Explosion nicht allzu lange auf sich warten lassen würde. Die Folgen hießen für den Staat entweder Kollektivismus oder Chaos.“

„Nehmen wir nun im Gegensatz hierzu an, die Koalitionsfreiheit würde den Arbeitern gewährt, und dem bei der Großproduktion vorherrschenden Kapitalismus dadurch ein kräftiges Gegengewicht geschaffen. Liegt es dann etwa außerhalb der Möglichkeit, daß, nach einer Periode unausbleiblicher Kämpfe wegen Lohn- und Arbeitszeit, schließlich mit Hilfe von Schiedsgerichten ein auf Achtung und Anerkennung der gegenseitigen Stärke und wirtschaftlichen Notwendigkeit beruhender Friede zu Stande käme, mit Folgen, die sowohl für die Allgemeinheit als auch für das Kleinergewerbe von Nutzen sein könnten? Ein solcher Ausgang des Kampfes kann natürlich nur durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters herbeigeführt werden. Dies wiederum ist nur möglich auf Kosten des Kapitalprofits bzw. des kapitalistischen Unternehmers. Die weiteren Folgen würden sein: auf der einen Seite Sinken des Kapitalprofits, weniger leichte Vermögensbildung im Großen und damit geringere Tendenz zu kapitalistischen Großbetrieben; auf der einen Seite vortheilhaftere Ausnutzung der persönlichen Arbeit, leichtere Bildung kleinerer Vermögen und infolgedessen, wahrscheinlich, Neigung zum Selbstständigwerden und Aufbarmachung des Ersparten in eigenen Betrieben.“

Sombart nimmt also die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, bzw. die Arbeiterkoalition, als einen Faktor für die Erhaltung des Mittelstandes in Anspruch! Eine allerdings kühne, aber völlig haltlose Idee. Dieselbe hat mehr oder weniger unbewußt schon längst dann und wann in Mittelstandskreisen ihren Ausdruck gefunden. Im Verlaufe der dreißig Jahre, die seit gesetzlicher Anerkennung der Arbeiterkoalition verfloßen sind, haben wir schon öfter die Erfahrung gemacht, daß Kleinergewerbetreibende mit den Bestrebungen lebhaft sympathisierten, sobald dieselben sich gegen großkapitalistische Unternehmungen richteten. In zahlreichen Streiks, welche die Arbeiter solcher Unternehmungen führten, erfuhren sie Unterstützung seitens derjenigen Kleinergewerbetreibenden, die von der Konkurrenz jener Großbetriebe hart bebrängt wurden. In den ersten Zeiten der gewerkschaftlichen Bewegung gehörten verhältnismäßig viele Handwerksmeister den Organisationen der Arbeiter an, weil sie davon einen Schutz gegen die großkapitalistische Konkurrenz sich versprachen.

Es kann auch unbedingt zugegeben werden, daß der Mittelstand, die Masse der Kleinergewerbetreibenden, ein gewisses Interesse daran hat, daß die Arbeiter im Kampfe wider den Kapitalismus ihr Einkommen erhöhen, überhaupt günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen erlangen. Denn der Kleinergewerbetreibende ist hauptsächlich auf die Konsumfähigkeit der Arbeiter angewiesen. Unleugbar kommt jede Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter auch dem Kleinergewerbe zu Gute.

Das ist aber auch die einzige natürliche Wirkung der Arbeiterkoalition auf den Mittelstand. Doch darf man nicht annehmen, daß damit der Prozeß der Auflösung des Mittelstandes aufgehalten wird. Noch weniger begründeter ist die Hoffnung, daß die Arbeiterkoalition gewissermaßen eine Gewähr für die Erhaltung und Regeneration des Mittelstandes zu bieten vermöge, daß man sich ihrer bedienen könne als „Regulator“ der großkapitalistischen und der kleingewerblichen Interessen. Das entspricht durchaus nicht dem Wesen und den Aufgaben der Arbeiterkoalition. Sie genügt allerdings den zunächstliegenden Interessen der Arbeiter nach Möglichkeit; im Uebrigen aber ist ihre Tendenz und ihre Wirksamkeit bestimmt von der Ueberzeugung, daß die bestehende privatkapitalistische Wirtschaft auf die Dauer unhaltbar ist, daß ihre Auflösung und Umgestaltung zu einer kollektivistischen und damit die Emancipation der Arbeit von der Herrschaft privater Besitzherrschaft notwendig sich vollzieht.

Wer diese Ueberzeugung hat, für den ist die „Mittelstandsfrage“ entschieden.

Arbeiter als praktische Sozialpolitiker.

In Uebereinstimmung mit der gesammten organisierten Arbeiterschaft hat die Sozialdemokratie bekanntlich im Reichstage des Deuteren die Errichtung von Arbeitskammern und Arbeitskammern gefordert, die es sich angelegen sein lassen, mit Rath und That für die Arbeiter einzutreten. Der Reichstag hat diese vernünftige und berechtigte Forderung abgelehnt. Weshalb? Weil die „Ordnungspolitiker“ fürchteten, die betreffenden Einrichtungen würden nur der Sozialdemokratie zu Gute kommen. Da sind denn hier und da die organisierten Arbeiter mit der Errichtung von Arbeiter-Sekretariaten vorgegangen, deren Aufgabe es ist, Beschwerden entgegen zu nehmen, auf ihre Begründung zu prüfen und den Gewerkschaftsbeamten zu übermitteln, ferner den Arbeitern unentgeltlich Auskunft und Rath in allen sie betreffenden Angelegenheiten zu gewähren. In Nürnberg, Stuttgart und München hat diese Einrichtung sich vorzüglich bewährt. In vielen anderen

Was nicht wie bei Arbeitervereinen, und wie es dem § 169 der Gewerbeordnung entspricht, kann jedes Mitglied ungehindert von der Vereinbarung zurücktreten, sondern durch den sonst einleitenden Betrug von etwa 6000 wird es gezwungen, die Beschäftigung seines Ausfühlers auszuführen. Nach den in Aussicht genommenen Verhandlungsbedingungen ist natürlich nicht daran zu denken, daß den oft umhinumgehenden Beschlüssen der Unternehmer von zureichender Seite entgegengetreten wird. Die Beschäftigten ist ja auch nicht mehr neu, ebenso wenig wie der Beschäftigte über die Vererbung schwärzer Aktien. Die Vererbung waren schon früher, sehr wohl durch unterrichtet. Und der Beschäftigte des vom Baumeister Felsch geleiteten „Zimmungsverbandes deutscher Baugewerksmeister“, seine Mitglieder zu verpflichten, keine Gesellen und Arbeiter aus Streikorten in Arbeit zu stellen, hat nach früheren Beschlüssen der Baugewerkschaft, die ausdrückliche Entlassung des Meistersankens erhalten. Nur der Solowtschew scheint dem „Zimmungsverband“ aus noch nicht eingeleitet zu sein.

Der Verband sächsischer Baugewerksmeister soll bereits eine ziemliche Ausbreitung erfahren haben. Nach der Baugewerkschaft gehören ihm die germanischen Baugewerkschaften in Garmisch, Espingem, Ludwigsburg, Hellbrunn, Göttingen, Altm und Hildingen. In Stuttgart gehören sämtliche Baugewerkschaft der Organisation an, so daß dieselbe jetzt zusammen 180 Firmen mit etwa 8000 Arbeitern umfaßt.

Gegenwärtig findet der Verband sogenannte schwarze Aktien durch's Land, auf denen nicht weniger als 884 Zimmereileite, die in Stuttgart am 28. April in den Austausch getreten sind, mit Namen, Geburtsort und Geburtsort aufgeführt werden. Nach die Maurer, die sich weigern, Zimmerarbeit zu verrichten und daher entlassen werden, kommen auf die schwarze Aktie. In Anbetracht seiner Tragweite hat also der Verband schon recht viel geleistet. Vielleicht schwingt er sich noch dazu auf, daß er alle Arbeiter, die überhaupt ihre Entlassung nehmen, um sich zu verändern, der schwarzen Aktie „einführen“. Welt davon ist es natürlich nicht mehr. In Stuttgart und Württemberg sollen die Maurer mittels schwarzer Aktien drohend gemacht werden, weil sie, die Maurer, ihre Zimmerarbeit verrichten wollen!!! Man könnte darüber lachen, wenn das Gekrühen der Unternehmern nicht gar so niederträchtig wäre. Stellt diese Maurer aus Mangel an, so werden die Zimmungsarbeiten in Norddeutschland. Und warum? Die Baugewerkschaften gehen ja gerade, weil es ihren höchsten Arbeitgebern so geht. Diese haben die „Arbeit“ eingestellt und jene sind abgeholt. Aber laßt sich nicht bekommen, andererseits Arbeit zu finden, dann schicken wir Siebente hinter Guch her. — Und das nennt sich dann auch noch Ordnungspartei und benutzte Arbeiterorganisationen, um sie der polizeilichen Überwachung auszuliefern und um selbst im Exil sich zu können. Das aber die Maurer der Zimmungsarbeiten nicht in den Himmel waschen, dafür werden die organisierten Arbeiter sorgen.

Aus unserer Bewegung.

Kollegen, gedenket der kämpfenden Brüder!

Die Sammlung zum Streikfonds und die Agitation für die weitere Ausbreitung des Verbandes muß jetzt, angesichts der vielen Lohnkämpfe und Ausperrungen, mit doppelter Eifer betrieben werden. Da, wo es noch nicht geschieht, muß ein regelmäßiger Beitrag zum Streikfonds eingeführt, oder doch wenigstens dafür Sorge getragen werden, daß an jedem Sonntag Material auf den Arbeitsstätten vorhanden ist. Verehrte Kollegen müssen wöchentlich wenigstens 20 A und Unverheiratete wöchentlich nicht unter 30 A für den Streikfonds zahlen. Das Interesse der Gesamtbewegung erfordert solche Leistungen. Zahlstellen, die sich an den Streikfondsammlungen garniert oder nur sehr minimal beteiligen, machen sich einer unwerthvollen Pflichtverletzung schuldig.

Strenge Ausübung echter, wahrer Solidarität muß die Lösung der deutschen Maurer sein.

H. Bömelburg.

Zur Beachtung. Mit Sonnabend, den 18. Juni, erscheint im Bureau der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands eine italienische Arbeiterzeitung, bornehmlich für die Maurer und Bauarbeiter. Das Blatt wird vorläufig 14 tägig herausgegeben und ist dasselbe, soweit unsere Verbandskollegen in Betracht kommen, bei unserer Expedition zu bestellen. Hauptredaktion die in den deutschen Kollegen und die Kollegen der Streikorte, wo Italiener in Arbeit stehen, werden es sich angelegen sein lassen müssen, das Blatt bei den Italienern einzuführen und für eine gute Verbreitung zu sorgen.

Redaktion des „Grundstein“.

Am Sonntag, den 22. Mai, tagte in Solingen im Lokale des Herrn Fleggart die Konferenz der Maurer der Agitationskommissionen des A. M., Düsseldorf und Dortmund. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgelegt: 1. Bericht und Abrechnung der Agitationskommissionen. 2. Situationsberichte der Delegierten. 3. Streiks und Agitation. 4. Bericht des A. M. Dortmund wurde zusammengefasst aus den Kollegen K. H. Dülsberg und Müller-Gien als Berichtende, W. S. Solingen und H. Fleggart als Schriftführer. Anwesend waren 23 Delegierte, welche 28 Orte vertreten, die ein Vertreter der drei Agitationskommissionen und Kollege Stanning-Gumburg als Vertreter des Generalbundesvorsitzenden. Zum 1. Punkt der Tagesordnung leitete der Vertreter der Agitationskommission Dortmund mit, daß sich in dem Bericht im verflochtenen Jahre 6 neue Zahlstellen gebildet haben. Es sei keine leichte Aufgabe, neue Zahlstellen zu gründen, da die Kollegen schwer für den Verband zu gewinnen seien. Im Agitationsbericht sind 8 Zahlstellen vorhanden. Die Agitationsfälle weist einen Bestand von 47,50 auf.

Kollege Schulze als Vertreter der Agitationskommission Köln berichtet in ausführlicher Weise über die im letzten Jahre

vollführte Arbeit der Kommission. Er kommt in seinen Ausführungen auch auf die in letzter Zeit gegründeten „christlichen“ Maurervereine zu sprechen, und bezeichnet dieselben als ein großes Hindernis für den Verband. Zwar habe der Kaplan Kapfberger der Schützentruppen dieser Vereine, anerkannt, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Maurer schärfer und dringender der Verbesserung bedürftig seien, aber er habe doch die „christlichen“ Maurer von dem Verband fern und unterfützte die „christlichen“ Vereine. Und wenn auch der Kaplan seinen Standpunkt damit motiviert, daß es so besser sei, man könne immerhin getrennt marschieren und bereit stehen, so vertrete er, Redner, doch die Ansicht, daß man sich nicht auf die „christlichen“ Vereine organisieren Maurer allsehr verlassen dürfe, das Zusammengehen mit diesen sei ein Hindernis. Der stellvertretende der Kommission betrug 48,975.

Der Vertreter der Agitationskommission Düsseldorf, Kollege Krübitzsch, giebt bekannt, daß in dem Bezirk im verflochtenen Jahre 12 öffentliche Versammlungen abgehalten wurden. Die Einnahme der Kommission betrug 161,00, die Ausgabe 107,85, jedoch ein Bestand von 48,95 vorhanden ist. Kollege Stanning giebt sodann einige Anhaltspunkte, wie die Agitation zu betreiben ist. Das größte Interesse wendet sich auf den Städten zu, in welchen die Kollegen noch nicht organisiert sind, aber die zur Agitation berufenen Kollegen müßten auch auf den Ausbau der bestehenden Zahlstellen bedacht sein. Viele Zahlstellenverhältnisse seien nicht in der Lage, die Verbandsbeiträge aus eigener Kraft erheben zu können, die Kollegen würden müßlos und infolge dessen schlafe die Organisation ein; diesen und den neugegründeten Zahlstellen müßten die Agitationskommissionen stets ihre Aufmerksamkeit schenken, mindestens solange, bis sie auf eigenen Füßen hätten stehen gelernt. Es sei ferner Aufgabe der Agitationskommissionen, dafür zu sorgen, daß in den Zahlstellen die vom Verbandstage beschlossene Aufnahme einer Statistik mehr Beachtung finde. Im vergangenen Jahre sind vom Vorstande an alle Zahlstellen Aufnahmeformulare versandt, aber nur von 4 von den 81 in Rheinland und Westfalen (ausschließlich des Agitationsbezirks Westfeld) bestehenden Zahlstellen ist beachtendes Material eingegangen, die anderen hätten entweder gar keine Aufnahme gemacht oder unzureichendes Material geliefert, das auf den ersten Blick die wirkliche Aufnahme der darin enthaltenen Zahlen erkennen lasse. Bei der Wichtigkeit der Statistik für uns als Kompensationsmittel und in Anbetracht der hohen Kosten, die die Herstellung derselben erfordert, sei aber darauf zu sehen, daß nur auf sehr Zuhilfenahme sich stützende Angaben gemacht werden, sonst sei das Material wertlos und das dafür aufgewendete Geld aus dem Fenster geworfen. Pflicht der Agitationskommissionen sei es daher auch, nach dieser Richtung hin den Zahlstellen hilfreich zu sein, so wie sie in den Orten, wo wir Verbindungen nicht haben, selber die statistischen Aufnahmen zu machen.

Im 2. Punkt der Tagesordnung, Situationsberichte aus den einzelnen Orten, entrollten die Delegierten ein recht trübes Bild über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie über Schützenvorrichtungen und sanitäre Einrichtungen auf Bauten. Allgemein waren die Klagen über die lange Arbeitszeit, die selten weniger als 11 Stunden täglich beträgt, aber außerdem noch durch Überstundenarbeit freiwillig von den Kollegen bis 12 und 13 Stunden verlängert wird. Die Höhe des Lohnes lag zwischen 85 und 45 A pro Stunde; über den höchsten Geh hinaus wird selten, unter dem niedrigsten Geh dagegen sehr häufig geklopft. Fast in allen Städten haben die Kollegen über mangelhafte Schützenvorrichtungen und Bauarbeiten zu klagen, Worte sind selten zu finden und Einrichtungen zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen selten günstig. Nur von einem Orte, Duisburg, konnte konstatiert werden, daß die Polizei zweckentsprechend auf Bauten zu beobachtenden Vorrichtungen ersten hat, die denn auch allgemein befolgt werden. Die Zahl der Organisierten steigt zur Zahl der in Rheinland und Westfalen beschäftigten Kollegen in der schlechtesten Verhältnis. Um nur einige Beispiele anzuführen, mag erwähnt sein, daß in 8111 von ca. 1800 ortsanwesenden Maurern nur 230 organisiert sind, in Solingen weist bei ca. 600 Maurern nur 30 organisiert auf, Düsseldorf bei ca. 800 nur 75, Duisburg bei 700 nur 140 u. s. w. Verhältnismäßig gut organisiert sind die Kollegen in einigen mittleren und kleinen Städten wie z. B. in Wülfrath (Rhein) mit 101 von 170 und Sitt 130 von 150. Daß die Organisation in diesen großen Industrie-Provinzen so langsam sich entwickelt, mag zum großen Teil auf den Umstand zurückzuführen sein, daß den Kollegen entweder gar keine oder nur ungenügende Sozialitäten zur Verfügung stehen, oder daß ihnen die Polizei die Lokale wieder abtreibt. Besteht die Frage wurde auch von den Delegierten geführt über die Konkurrenz, die dem gelehrten Maurer von den ungelerneten Arbeitern, den Handlangern, gemacht wird. Die Unternehmer fordern zwar die Einführung des Besichtigungsbeschlusses im Baugewerbe, damit ihnen nicht in jedem Schuster und Schneider eine unlesbare Konkurrenz erwache, sie halten es aber mit der „Schonung des Handwerks“ durchaus veränderbar, daß Handlanger, die dielektur nur erst ein halbes Jahr „Speis“ (Mörtel) getragen haben, als Maurer beschäftigt werden. Wenn auch diese „Maurer“ nicht so komplizierter Arbeit zu gebrauchen sind, so begünstigen sie sich doch mit bedeutend weniger Lohn, und im hohen und Giebelbauwert „berapaden“ sie doch ihre tausend Steine und mehr, dadurch steigert sich der Unternehmervorteil, und das ist ja den „Gebern des Handwerks“ die Hauptsache. Diese Handwerker sind denn auch für die Durchführung eines geordneten Arbeitszuges und des Minimallohnbeschlusses das größte Hindernis: sie sind mit jedem ihnen angebotenen Lohn zufrieden, er ist doch immer noch höher, als ihn die Handlanger beziehen, und außerdem können sie ja das Weniger, was ihnen im Vergleich zu den tüchtigen, gelehrten Maurer gezahlt wird, durch Überstundenarbeit wieder ausgleichen, was sie denn auch zum Schaden der Allgemeinheit im ausbreitensten Maße thun. Aus Sitt und Wülfrath wird berichtet, daß die Kollegen Forderungen an die Unternehmer gestellt haben, wünschenswert wurde es diesfalls in nächster Woche zum Streik kommen. (Es mittlerweile schon zur Thatsache geworden. D. M.) Müller-Gien stellt mit, daß der Streik beendet werden müßte wegen der Polizeistationen, die den Streikenden unmöglich machte, den Bezug fernzuführen. Wenn auch nicht die ganze Forderung erreicht wurde, so sei doch eine allgemeine Lohn-erhöhung durch den Streik eingetreten.

Friedrich-Modum konstatiert, daß auch in seinem Orte durch den vorjährigen Streik der Lohn in die Höhe gegangen ist.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Stanning-Gumburg einen 14-minütigen besprechenden Vortrag und empfahl

am Schluß seiner Ausführungen nachstehende Resolution zur Annahme:

1. Die Agitationskommissionen haben darauf hinzuwirken, daß die Verbandsmitglieder es als ihre zunächst liegende Aufgabe betrachten, den großen und schweren Liebesfall der Affordarbeit zu befeitigen. Die Überstundenarbeit ist der Affordarbeit als Nothwendigkeit gleich zu setzen.
2. Die Konferenz ist zu der Ansicht gelangt, daß ohne Befreiung dieses Liebesfalles an die Durchführung eines Minimallohnbeschlusses nicht zu denken ist; eine Lockerung ohne Einschränkung der Arbeitszeit wird im Vereinheit nur bei indifferenten Kollegen den erwünschten Erfolg geben, länger zu arbeiten, als es im Interesse der Allgemeinheit wünschenswert erscheint. Es ist deshalb in allen Orten darauf hinzuwirken, daß die Überstundenarbeit soweit eingeschränkt werde, als dieselbe unumgänglich notwendig ist. Als Noth- und zulässige Überstundenarbeit, erachtet die Konferenz nur solche Arbeiten, die im allgemeinen Interesse keinen Anstoß erregen.

Nachdem sich noch einige Delegierte zum Ausdruck zu der Resolution geäußert, erfolgte deren einstimmige Annahme. Gleichfalls Annahme fand ein von Schulze-Möln eingebrachter Antrag, die Zahlstellen zu veröffentlichen, alle 8 Monate einen ausführlichen Bericht an die betr. Kommission einzubringen, damit diese die Situation kennen lernen. Wünschenswert ist die Zusammenfassung eines Referenten, so daß dieselbe mindestens 8 Tage vorher die zuständige Kommission hierin in Kenntnis zu setzen, damit diese Zeit hat, einen Redner zu beschaffen zu können. In Westfeldens beantragte der Vertreter der Düsseldorf Agitationskommission, den Sitz der Kommission nach einer anderen Stadt zu verlegen. Begründet wurde der Antrag damit, daß unter den Düsseldorf Kollegen so wenig rechnerische Kräfte vorhanden sind. Nachdem Kollege Stanning darauf hingewiesen, daß es nicht absolut notwendig sei, daß die Kommission die Agitation durch ihre eigenen Mitglieder betreibe, so habe vielmehr das Recht, alle beschäftigten Mitglieder dazu heranzuziehen, wurde der Antrag abgelehnt. Damit schloß die Konferenz ihre Arbeiten ab. Nachdem noch festgehalten war, daß die Delegierten Schulze-Möln, Mark-Boeck, Hermann-Döhlig, Gierand-Döhlig, Herings-Barnum und Schulze-Möln die Konferenz vorzeitig verlassen hatten, erfolgte Schluß der Verhandlungen um 8 1/2 Uhr Abends.

Die Zahlstelle Annaburg hielt am 20. Mai ihre Mitglieder-versammlung ab. Nachdem der Kassier die Abrechnung vom ersten Quartal vorgelesen, referierte Kollege Richter über die Zustigkeiten zwischen den central- und lokalorganisierten Kollegen in Berlin. Es ließen sich sieben Mann in den Verband aufnehmen. Beschlossen wurde, daß für die Kollegen, welche bei der Agitation auf der Eisenbahnen arbeiten, der Baubetriebe sich vom Kassier mit Streikfondsmarkten zu versehen hat, damit jeden Sonnabend registriert gesammelt werde.

Am 19. Mai fand in Westum eine öffentliche Maurerverammlung statt, in welcher Kollege Bogt einen Vortrag hielt über: „Sozialistisches und baugewerbliches Arbeiterthema“. Redner schilderte in zweifelhafte Weise die allgemeine Lage der Maurer Deutschlands und die im Baugewerbe herrschenden Verhältnisse, und schloß seinen mit färrmlicher Begeisterung aufgenommenen Vortrag mit der Mahnung, fest zu organisieren zu haben. Ein Antrag des Kollegen Bogt, zur Deutung der besten eine Sammlung zu veranstalten, wurde einstimmig angenommen. Es entspann sich dann eine lebhaft Diskussion zwischen dem Referenten und einem Angehörigen der Zentrumspartei, welche die Versammlung in die größte Heiterkeit versetzte, wegen der lächerlichen Behauptungen des Zentrumsmannes. Nachdem sich noch einige Kollegen zur Aufnahme gemeldet hatten, erfolgte Schluß der von etwa 400 Personen besuchten Versammlung. — Im das Vorgehen der hiesigen Polizei zu charakterisieren, sei folgender Vorfall zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Die Zahlstelle Westum hielt am 15. Mai eine Versammlung ab. Bei dem heftigen Sturm, welcher an dem Tage herrschte, wurde die Lampe an der Hausstür des Festlokales ausgeblasen. Da dieselbe nicht sogleich wieder angezündet wurde, erhielt unser Vereinsvorsitz, Herr Warkhaus, eine Gehaltsnote von 40. Ferner hatte sich ein Festhelfernehmer kurz vor Feierabend ein Glas Bier und einen Schnaps geben lassen, welche Getränke er nach dem Feierabend verzehrt hatte. Hierfür erhielt der Mann eine Gehaltsnote von 40. Oberhalbige Entschädigung ist beantragt. Die Zahlstelle Westfeld hielt am Sonntag, den 5. Juni, eine außerordentliche Mitglieder-versammlung ab. Nach Erledigung der laufenden Geschäfte hielt Genosse Richter einen Vortrag über: „Die Freimaurer“. Darin wurde beschloffen, in diesem Jahre ein Stiftungsfest abzuhalten und wurde zu diesem Zweck ein Festcomité gewählt. Ferner wurde eine Kommission gewählt, welche eine Vorlage, betreffend Bauarbeiterlohn, ausarbeiten soll. Bezüglich der Aufbringung von Mitteln zum Streikfonds wurde auf Antrag des Kassiers beschloffen: 1. Daß die Mitglieder verpflichtet sind, wenigstens alle 14 Tage gegenwärtig eine genaue Kontrolle der Streikfondskarten und Verbandsbücher auf der Baustelle vorzunehmen. 2. Daß die Mitglieder verpflichtet sind, ihre Streikfarten in das Mitgliederbuch einzusetzen, damit in den Versammlungen den Zahlstellenkontrollen und dem Kassier die Kontrolle erleichtert wird. 3. Der Streikfondskassier wird beauftragt, im Laufe dieser Woche sämtliche Bauten zu kontrollieren und alle Bauten, soweit dies noch nicht geschehen, mit Sammelmaterial zu versehen. Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß in Westfeld 5 an 5 u. g. Maurer an der Konstruktion 11 Stunden täglich arbeiten. Die Westfelder Kollegen haben bestimmt im vorigen Jahre gestreift, um die 9 stündige Arbeitszeit zu erzwingen. Sie haben ihr Ziel leider nicht erreicht, aber die 10 stündige Arbeitszeit haben sie doch im großen Ganzen befestigt. Da muß es allerdings wunderbar berühren, daß es Hamburger Kollegen sind, die zur Verlängerung der Arbeitszeit die Hand bieten.

In Girsch tagte am 22. Mai im Schützenhause eine öffentliche Maurer- und Bauhandwerker-versammlung. Kollege Schulze hielt einen einundsechzigminütigen Vortrag, welcher viel großen Beifall aufgenommen wurde. Kollege Guch wies hin auf den uns in nächster Zeit bevorstehenden Kampf und forderte die Kollegen auf, am Tage der Wahl dem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme zu geben.

Eine äußerst stark besuchte öffentliche Maurerverammlung tagte am 25. Mai in Frankfurt a. M. Kollege Bömelburg hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über den Nutzen einer guten Organisation. Gütlich beipflichtend Redner kurz die Geschäfte der Maurerorganisation. Bis zum Jahre

Wer hat im Reichstage die Interessen der Arbeiter vertreten?

Alle die sogenannten „staatsfeindlichen“ Parteien, bezu- deren Wortführer, rühmen sich, „arbeiterfreundlich“ zu sein, die „Interessen der Arbeiter“ zu vertreten. Wie geschäftig und ungedrückt sie auch immer gegen die Arbeiter vorgehen mögen, stets versichern sie, nur das „Beste der Arbeiter“ zu wollen. Greifen sie das Koalitionsrecht derselben an, so geben sie vor, daß es ihnen nur darauf ankomme, „die Arbeiter selbst“ vor der „unbilligsten“ Anwendung dieses Rechtes, die „Arbeitswilligen“ gegen den „Terrorismus der Gewerkschaften“ zu schützen. Die ungeheuerlichste Verbormung, die das Unternehmertum über „seine“ Arbeiter in Anspruch nimmt, stets wird sie motiviert mit der Behauptung, daß man nur das „Wohl der Arbeiter“ im Auge habe. Auf Befehl der Arbeitsherrn soll der Arbeiter nach der vom Freiherrn v. Stumm im Reichstage oft geäußerten Ansicht verpflichtet sein, auf die Ausübung des Rechtes der Vereinigung zu verzichten und bei Reichstagswahlen seine Stimme so abzugeben, wie es diesen Herren beliebt. Dabei sei, meint Freiherr v. Stumm, der Arbeiter „besser daran“, als wenn man ihm sein Recht und seine Freiheit lasse.

Daß die Arbeiter derartige „Fürsorge“ mit Hohn und Ent- rüstung zurückweisen, ist selbstverständlich. Alles, was ihnen die „staatsfeindlichen“ Elemente, besonders bei der Reichstagswahl, an schönen Worten bieten, entspricht lediglich der Absicht, sie zu täuschen, sie abzulenken von der Teilnahme an der großen sozialdemokratischen Kulturbewegung. Nur die Furcht vor dieser Bewegung veranlaßt die Reaktionäre aller Schattierungen, das zu sein, was sie „arbeiterfreundlich“ nennen. Das hat ja selbst einmal Fürst Bismarck im Reichstage offen zugegeben, daß die „staatsfeindlichen“ Parteien nur durch die Furcht vor der Sozialdemokratie dazu beizogen worden sind, dem Willigen gesetzlichen Arbeiterrecht zugestimmen, den wir bis jetzt haben. Sie haben ihm zugestimmt in der Hoffnung, damit die Arbeiter beschwichtigen und gegen die Sozialdemokratie aufheben zu können. Das ist ihnen nicht gelungen. Und da haben sie dann die Heuschrecke fallen lassen und erklärt, es solle ihnen garnicht ein, für „bisse undankbaren Arbeiter“ noch etwas zu thun. Maßlos sind sie dann mit ihren Projekten, den Arbeitern die politischen Rechte zu rauben, hervorgetreten.

Die Interessen der Arbeit kann nur die Partei vertreten, die unbedingt und eifrig, aus fester Überzeugung das Recht der Arbeit anerkennt. Und diese Partei ist die Sozialdemokratie. Sie allein hat nach Maßgabe ihres Programms im Reichstage alle diejenigen Forderungen vertreten, die das arbeitende Volk erheben muß, um nicht in Elend und Armuth zu Grunde zu gehen.

Auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unausgesetzt sich bemüht, wirklich gute und ausreichende Einrichtungen zu Stande zu bringen. Sie allein hat sich die Verkürzung der Arbeitszeit, unter entliehenem Einkreten für den Achtstundentag, ernsthaft angelegen sein lassen. Sie hat des Defiziters umfassende Arbeiterschutzgesetze vorgelegt und zur Verwirklichung gebracht. Sie hat in diesen Entwürfen eine öffentlich-rechtliche Organisation des Arbeiterschutzes, ein Reichsarbeiterrat, Arbeitskammern und Arbeitsämter unter entsprechender Beteiligung der Arbeiterklasse verlangt. Sie hat sich bemüht, ein gutes obligatorisches Schlichtungsgerichtswesen mit Entgeltungskammern zu schaffen. Sie ist unermüdet be- müht gewesen, die noch so sehr mangelhafte Gewerbe- aufsicht so auszugestalten, wie es sein muß, wenn dieselbe ihrem Zweck wirklich entsprechen soll. Dabei hat die sozial- demokratische Fraktion ein besonders Augenmerk auf die Ver- hältnisse und Interessen der baugewerblichen Arbeiterschaft gerichtet. Sie hat sich zur Fürsprecherin und Ver- theidigerin all der Forderungen gemacht, welche von Seiten der organisierten baugewerblichen Arbeiter in Betreff der Schutzvorrichtungen auf Bauten, sowie in Betreff der unter Verschließung der Arbeiter vor- zunehmenden regelmäßigen Baukontrolle des Defiziters an den Reichstag gerichtet worden sind.

Auch die gesetzliche Bekämpfung des Bau- schwindels hat die sozialdemokratische Fraktion nicht vernachlässigt. Sie ist hervorgetreten mit Entwürfen betreffs Sicherung des Arbeitsschutzes der baugewerblichen Arbeiter gegen die be- kannten Schwindel- und Betrugspraktiken gewissenloser Bau- spekulanten.

Bei Veranlassung des Bürgerlichen Gesetzbuches ist es den sozialdemokratischen Vertretern gelungen, wesentliche Ver- besserungen der Bestimmungen über den Arbeits- vertrag herbeizuführen. Auf ihren Antrag bekannte die Majorität des Reichstages sich am 11. Dezember 1896 zur einheitlichen Gestaltung des Lohnarbeits- vertrages für das ganze Reich. Ihren Bemühungen ist es zu danken, daß alle neuen, direkt gegen die Arbeiterklasse gerichteten Ausnahmsbestimmungen aus dem Gesetzbuche ent- fernt wurden. So ergiebt sich u. a. die Streichung der un- geheuerlichen Bestimmung, wonach Arbeitgeber berechtigt sein

sollten, sog. „freiwillige“ Arbeiter gewaltsam an Arbeitsorte zurückzuführen.

Nicht mindere Energie hat die sozialdemokratische Fraktion erwidert für eine gründliche Reform der Gesetz, betr. die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Alters- versicherung. Insbesondere hat sie angestrebt: die Befreiung der Berufstätigen der Krankenkassen, für solche Unfälle ein- zutreten, welche weniger als 18 Wochen zur Folge haben; die Befreiung aller buraufständigen Regiments- und Arbeiter- versicherungsweisen; die Erhöhung und Sicherung der Unfall- entschädigungen gegenüber den unzulänglichen gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen und den Bestimmungen der Unter- nehmer-Vereinigungen, die Entschädigungs- berechnung zu fixieren und möglichst um die Entschädigung zu pressen; die Erhöhung der In- validitäts- und Altersrente und die Herab- setzung der Altersgrenze für den Bezug der letzteren; endlich die Ausdehnung all dieser Versicherungsarten auf das gesamte Handwerk, wie überhaupt auf alle Arbeits- zweige.

In Verbindung damit verlangt die Sozialdemokratie die Erziehung einer Wittwen- und Waisenver- sicherung; auch der Frage der reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung wendet sie ihre volle Auf- merksamkeit zu.

Mit Entschiedenheit hat die sozialdemokratische Fraktion aufgeht die durchaus reaktionären Bestrebungen bekämpft, welche die künstliche Organisation des Handwerks betreffen. Die Masse der selbstständigen Handwerker, die Gesellen, die Arbeiter des Handwerks haben an der Bünferei nicht das geringste Interesse. Sie ist guten Theils mit darauf berechnet, die Innungen zu Kampforganisationen gegen die Arbeiter zu machen, wie wir das schon so oft bargelegt haben. Die schwerste Schädigung, welche dem Handwerk wider- fahren kann, ist das reaktionäre Experiment der künstlichen Organisation.

Für jede wirkliche Reform im Handwerk, so be- sonders für eine Reform des Lehrlingswesens, auf daß der Lehrling nicht der Hausflabe des Meisters und der Meisterin sei, sondern eine wirkliche Lehre genosse, um tüchtig in seinem Fache zu werden, ist die sozialdemokratische Fraktion stets eingetreten.

Wie kraftvoll diese Fraktion sich der Aufgabe unterzogen hat, das Koalitionsrecht der Arbeiter, die Arbeiter- organisationen und ihre Bestrebungen gegen Verunglimpfung und Vergehrung zu beschützen, das dürfte all unseren Lesern noch frisch im Gedächtnis sein. In Tage langen Debatten haben die sozialdemokratischen Abgeordneten über diese Bestrebungen Vorträge gehalten.

Gewo haben sie alle anderen auf politischen Gebiete liegenden Interessen der Arbeiterklasse gegenüber den Wünschen der Reaktion energisch und unentwegt verteidigt; so das Reichstagswahlrecht, die Vereins- und Ver- sammlungsfreiheit, die Freiheit der Meinungs- äußderung in Rede und Schrift. Sie haben die Politik der Protrudierung, der Aggarier, sowie den am Marke des Volkes gehenden Militarismus bekämpft; sie sind aufgetreten mit Vorschlägen zu einem gerechten Reichssteuerstern gegen das volksverderbliche System der Konjunktur- und Steuern; sie sind beflissen ge- wesen, eine dem Reichsbudget des Volkes entsprechende gründliche Reform der Strafgesetze, der Justiz- organisation und der Justizpflege durchzuführen.

Wo immer das Wohl, die Freiheit und das Recht der arbeitenden Volksschichten irgendwie in Frage kam, haben die sozialdemokratischen Abgeordneten sich dafür bekämpft. Sie verdienen den Dank der Arbeiterklasse. Nur beanpruchten sie nicht Dank. Aber das können sie verlangen, daß alle Arbeiter ohne Unterschied in Rücksicht auf ihr eigenes Interesse die Mahnung beherzigen:

Arbeiter! Am Tage der Reichstagsneu- wahlen, am 16. Juni, wählel Mann für Mann die Kandidaten der Sozialdemokratie!

R u d i f m a n n.

* Paul Grottkau. Was Neuhoff kommt die Nach- richt, daß der den älteren Kollegen wohl noch bekannte Präsident des früheren „Allgemeinen Deutschen Bauere- und Einbauer- vereins“, Paul Grottkau, gestorben ist. Der Verstorbene war im Anfang der sechziger Jahre in Deutschland hervorgetreten für die Bauere- und Einbauer- Sache. Er lenkte auch für die allgemeine Arbeiterbewegung thätig. Er leitete die Aufmerksamkeit der Reichsregierungs- und Staatsmänner auf sich und langwierige Gefängnisstrafen waren der Lohn für seine erfolgreiche Thätigkeit. Als die Reaktion in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre immer ärger gegen die Arbeiterbewegung und ihre Führer zu wüthen begann, zog Grottkau nach der Erlaß des Sozialgesetzes es vor, den heimathlichen Stand von seinem Bannstoß zu schütteln und nach Amerika auszuwandern. Hier nahm er seine Thätig- keit für die Arbeiterklasse sofort wieder auf, bis ihm nun der Tod den ein- und letzten Mund für immer geschlossen hat.

* Das Volkstag der Stadt Jülich hat Be- schlüsse gefaßt. Bekanntmachung. Mit Rücksicht darauf, daß in der letzten Zeit wiederholt in öffentlichen Versammlungen zu Selbstmordaktionen für Streik- und Agitationszwecke aufgefordert worden ist und selbst für einzelne Arbeitsschläge Sammler bestimmt, hierdurch aber De-

schweren Herborgerufen worden sind, wird daran erinnert, daß nach der bestehenden Gesetzgebung die Versammlung von politisch nicht genehmigten Selbstmordaktionen jeder Art in der Regel verboten ist und daß zu jeder Versammlung, Aus- schreibung und Vornahme öffentlicher Sammlungen von Be- trügeren an Geld und Geldwerth, deren Eingabe in das Ver- leihen der daran sich Theilnehmenden gestellt wird, ohne Rück- sicht auf die beabsichtigte Verwendung des Geldes, die vor- her eingehende Genehmigung der Polizeibehörde und, soweit §§ 68 und 104 der Allgemeinen Armenordnung vom 22. Oktober 1840 einschlagen, diejenige der betreffenden Königl. Kreis- und Provinzialbehörden oder des Königl. Ministeriums des Innern erforderlich ist. Es wird deshalb für die hiesige Stadt das erstehende Verbot der Ausrichtung, Ausschreibung oder Vornahme von Sammlungen der bezeichneten Art ohne vorher eingehende Genehmigung der zuständigen Behörde mit dem Verneiner erneuert, daß Zuwiderhandlungen mit Ge- büßstrafe bis zu 100 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen werden geahndet werden.

Jülich, am 24. Mai 1898. Wenn die Strafbewehrung von Jülich haben soll, die Mit- glieder unseres Verbandes vor der Ausrichtung von Selbst- mordaktionen abzuhalten, kann wird sich das Polit- amt umsonst bemühen haben. Unsere Mitglieder haben nämlich die ihnen durch Staat auferlegte Pflicht, außer den Wohlge- hehrigen auch Beiträge zum Streikfonds zu zahlen. Und diese Pflicht kann das Politamt nicht hinwegbetriegen.

* Vom Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter. Im Oshmerleben in der Provinz Hannover wurden am 21. Mai bei der Firma Meinhart & Comp. 14 Arbeiter entlassen, weil die Bestimmungen des Fabrik- und Handarbeiterverbands an- gebrochen. Den übrigen Verbandmitglidern wurde aufgegeben, bis zum 1. Juni ihren Austritt aus der Vereinigung an- zugeben. Der Nachrich über die Verhaftung beizugehen, hat der Arbeiterverband von Oshmerleben habe der Firma die Mitglieder- liste und auch das Verbandsstatut vorgelegt.

Den Leiter der in Frage kommenden Organisation, dem es ungeheuerlich erschien, daß ein Arbeiterführer, welche nach dem Wortlaut des Gesetzes nur zur Information der Polizeibehörden einzulegen sind, den Arbeitgebern ausgestellt haben sollte, wandte sich sofort an den Herrn Amtsrichter in Oshmerleben. Derselbe am 28. Mai traf die Anstalt ein, die diese Angelegenheit beizugehen. Der Richter lautet wie folgt:

Im Verfolg Ihres Schreibens vom 23. d. M. zur gefälligen Kenntnissnahme, daß eine Ausübung der Mitgliedschaft an die Firma Meinhart & Co. nicht statt- gefunden hat. Ich habe jedem Arbeiter, und zwar auf Ver- weisung meiner vorgelegten Befehle, welcher Einsicht in die Liste zu nehmen wünscht, denselben die Liste in meinem Amtslokale vorgelegt. Obwohl dem Vorstände des Arbeiter- unterstützungsvereins hierüber.

Das Vorgehen der Firma Meinhart & Co. ist durch das Verhalten der Mitglieder des Arbeitervereins nicht- gerechtfertigt zum guten Theile hervorgehoben. Auch glaube ich annehmen zu dürfen, daß es mir nicht schwer fallen wird, nöthigenfalls den Beweis beizubringen, daß Politik getrieben worden ist.

Im Herrn August Wees Unterfchrift.

Nach Angabe des Arbeitervorstandes handelte er nicht aus eigenem Willen, sondern auf Befehl der vorgelegten Behörde. Hier ist klarzustellen dringend notwendig. Wie kommt die Be- hörde dazu, ihr amtlich unterzeichnete Schriftstücke Arbeitgebern zur Verfügung zu stellen? Wir haben in solchen Fällen die Bitte geäußert, daß Beamte in ihrer dienstlichen Stellung beschreiten, Arbeiter aus ihrer Arbeitsstätte zu entfernen. Soll jetzt diese Praxis im Großen betrieben werden? Können sich denn die Behörden so sehr als Diener des Unternehmertums, daß sie für die jeder Achtung eines hochmüthigen, arbeitserfindlichen Proleten die Ehre ist? In die Mitgliedschaft der Vereine hat keine Privat- person Einsicht zu nehmen, geschieht dies dennoch, so übertrifft die Behörde ihre Befugnisse.

* Verurteilung der Freizügigkeit. Unter dieser Über- schrift bringen wir in Nr. 19 uneres Blattes einen Artikel, in welchem wir darauf hinwiesen, daß die preussische Regierung be- züglich der Freizügigkeit auf Kosten der Arbeiter ist, entgegen zu kommen. Als Beweis für unsere Behauptung führten wir die Thatsache an, daß durch eine Verfügung des Ministers für öffentliche Arbeiten hinsichtlich der Ausföhrungen von Eisenbahnen bestimmt wurde, daß der letzte Absatz des § 11 der durch Erlaß vom 28. September 1895 festgelegten Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausföhrung von Grö- ßen, Abzugs- und Hilfsarbeiten, welcher lautet: „Bei der Anmehne von Arbeitern sind die einschlägigen, be- sonders aber die in der Oegend der betreffenden Arbeitsstellen wohnenden geeigneten Arbeiter vorzuziehen“ durch den Arbeiter zu befristigen“ bei der Vergütung derartiger Arbeiter bis auf Weiteres zu streichen ist.

Der „Vorwärts“ ist jetzt in der Lage, den ganzen Erlaß in seinem Wortlaut wiedergeben zu können, und lassen auch wir denselben hier folgen. Er lautet:

Der Minister der öffentlichen Arbeiten. IV. B. 4788.

Unter Hinweis auf die Erlasse vom 16. April IV. B. 4187 — veranlaßt die königliche Eisenbahndirektion, mir binnen vier Wochen eine Nachweisung über die Zahl der gegenwärtig im Betriebsdienste und bei Eisenbahn-Neubauten (den neuen Bahnhöfen, Bahnhöfenstationen etc.) beschäftigten ausländischen Arbeiter (soweit möglich, nach ihrer Staats- angehörigkeit getrennt) einzurufen. Die Nachweisungen sind für die Betriebsverwaltung und die Neubauverwaltung nach Werkstätten, Stations- und Streckenarbeiten zu geben. Bezüglich der Neubauverwaltung ist zugleich die Zahl der über- schritt beschäftigten Arbeiter anzugeben.

Zugleich sehe ich einer Neuerung darüber entgegen, ob und gegebenen Falls in welchem Umfange es thunlich ist, in der Betriebsverwaltung und soweit beim Neubau Bauarbeiter ausfindig werden, auch in diesem ausläндische Arbeiter vorzuziehen, a. B. als Stationsarbeiter, zu verwenden.

Zur Mitteilung des in der Betriebsverwaltung beschäftigten Arbeitermanpels wurde es beitragen, wenn zu den Eisenbahn- Neubauten, bei denen die Arbeitsgelegenheit naturgemäß nur eine vorübergehende ist, wenigstens in gewissen Ausdehnung in größerem Umfange als bisher ausländische Arbeiter heran- gezogen werden könnten. Die königlichen Eisenbahndirektionen

